

## **Unterrichtung**

**durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz**

**31. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 12. bis 14. Juni 2022 in Stockholm, Schweden**

### Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>I. Teilnehmende der Delegation des Deutschen Bundestages .....</b>	<b>2</b>
<b>II. Schwerpunkte der Jahrestagung .....</b>	<b>2</b>
<b>III. Eröffnung der Jahrestagung .....</b>	<b>3</b>
<b>IV. Erster Sitzungsabschnitt: „Friedliche und verlässliche Nachbarschaft und enge Zusammenarbeit im Ostseeraum in Krisenzeiten – Wie ist vorzugehen?“ .....</b>	<b>3</b>
<b>V. Zweiter Sitzungsabschnitt: „Demokratie und Meinungsfreiheit – Wie können wir freie Medien im Ostseeraum sichern?“ .....</b>	<b>4</b>
<b>VI. Dritter Sitzungsabschnitt: „Die Abschwächung des Klimawandels, der Schutz der Biodiversität und die Anpassung an den Klimawandel“ .....</b>	<b>5</b>
<b>VII. Vierter Sitzungsabschnitt: „Die demografischen Herausforderungen vor dem Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine, Migration, Arbeitsmärkte und des Sozialmodells“ .....</b>	<b>6</b>
<b>VIII. Generaldebatte .....</b>	<b>7</b>
<b>IX. Abschluss der Jahrestagung .....</b>	<b>8</b>
<b>X. Verabschiedete Entschließung .....</b>	<b>9</b>

## I. Teilnehmende der Delegation des Deutschen Bundestages

Die 31. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) fand vom 12. bis 14. Juni 2022 in Stockholm, Schweden statt. Für den Deutschen Bundestag nahmen folgende Delegationsmitglieder teil:

Abgeordneter **Johannes Schraps** (SPD), Delegationsleiter,  
Abgeordnete **Petra Nicolaisen** (CDU/CSU), stellvertretende Delegationsleiterin,  
Abgeordnete **Claudia Müller** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
Abgeordneter **Gereon Bollmann** (AfD).

## II. Schwerpunkte der Jahrestagung

Die Jahrestagung der BSPC stand unter dem Motto „Die Zukunft des Ostseeraums – Die Antwort auf Russlands Invasion in der Ukraine: Starke Demokratien, Schutz der Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung“. An der Konferenz nahmen Abgeordnete aus 17 nationalen und regionalen Parlamenten des Ostseeraums teil. Die gegenwärtige Situation in der Region prägte das Programm. Die mehr als 160 Delegierten, Experten und Gäste diskutierten über die Zukunft des Ostseeraums in einer Zeit des Umbruchs. Sie alle unterstrichen, dass die Antwort auf den Krieg Russlands in der Ukraine starke Demokratien, der Schutz der Menschenrechte und eine nachhaltige Entwicklung seien. Die Konferenz bekräftigte die Entscheidungen des BSPC-Vorsitzes (dem schwedischen Präsidenten **Pyry Niemi** und BSPC-Vizepräsident Abgeordneter **Johannes Schraps**) sowie des Ständigen Ausschusses des BSPC, die fünf russischen Parlamente zu suspendieren und erörterte auch, wie sich die derzeitige Situation auf die künftige Zusammenarbeit im Ostseeraum auswirken könnte.

Am 12. Juni 2022 tagte der Redaktionsausschuss der Konferenz, in dem der Deutsche Bundestag durch seinen Delegationsleiter Abgeordneten **Johannes Schraps** vertreten ist. Der Ausschuss beriet über die 58 eingereichten Änderungs- und Ergänzungsanträge, die zu dem vom Ständigen Ausschuss erarbeiteten Entschließungsentwurf eingegangen waren. Alle 13 von der Bundestagsdelegation eingebrachten Vorschläge, insbesondere zu den Themen Klimawandel und Munitionsaltlasten in der Ostsee, wurden übernommen. Diskussionen gab es im Redaktionsausschuss vor allem mit einigen von der polnischen Delegation eingebrachten Änderungsanträgen. Diese forderten u. a. ein Embargo von russischem Öl und Gas und die Finanzierung eines Fonds für die Bergung von Munitionsaltlasten durch die Länder, die für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verantwortlich seien. Durch diverse Vorschläge des Abgeordneten Johannes Schraps konnten schließlich Kompromissformulierungen gefunden werden, so dass die Konferenz die Entschließung einstimmig bei Enthaltung von drei AfD-Abgeordneten am 14. Juni 2022 annahm.

Außerdem kam – ausnahmsweise auf einer Jahrestagung – der Ständige Ausschuss zusammen, der sich aus den Delegationsleitungen der Mitgliedsparlamente zusammensetzt. Er beriet über Geschäftsordnungsänderungen für die BSPC, die notwendig waren, da die bisherige Geschäftsordnung keine Regelung zur Suspendierung von Mitgliedern vorsah. Das neue Statut und die Geschäftsordnung der BSPC wurden schließlich ebenfalls einstimmig bei drei Enthaltungen von AfD-Abgeordneten am 14. Juni 2022 von der Konferenz angenommen. Es sieht nun die Suspendierungsmöglichkeit vor, wenn ein Mitgliedsparlament gegen die Grundwerte der BSPC, wie Demokratie, Einhaltung des Völkerrechts, Wahrung der Menschenrechte, verstößt.

Bereits zum zweiten Mal fand im Vorfeld der Jahrestagung ein Jugendforum statt, das von der schwedischen BSPC-Delegation in Zusammenarbeit mit dem Ostseerat (CBSS) organisiert wurde. Insgesamt 60 junge Menschen aus allen Ländern des Ostseeraums nahmen am 11. Juni 2022 an dem Forum teil, das bedingt durch die COVID-19-Pandemie hybrid abgehalten wurde. Unter dem Titel „Überbrückung der Kluft zwischen den Generationen zur Sicherung einer friedlichen und nachhaltigen Zukunft für den Ostseeraum“ arbeiteten die Jugendlichen acht Empfehlungen aus, die Eingang in die Entschließung der Jahrestagung 2023 finden sollen. Überdies bot das Jugendforum den jungen Teilnehmern Gelegenheit, sich in „Networking-Sessions“ mit teilnehmenden Parlamentariern, wie etwa dem ehemaligen Premierminister Schwedens **Stefan Löfven**, Delegationsleiter **Johannes Schraps** oder dem BSPC-Präsidenten **Pyry Niemi** zu vernetzen. Die 16 Jugendlichen, die vor Ort in Stockholm anwesend waren, konnten sich darüber hinaus bei der anschließenden Jahrestagung einbringen. Das Forum wurde von allen Seiten als sehr positiv wahrgenommen und trägt nicht nur dazu bei, den Dialog und Austausch zwischen den jungen Menschen und Entscheidungsträgern zu fördern, sondern bindet die junge Generation maßgeblich in Entscheidungsprozesse ein.

### III. Eröffnung der Jahrestagung

Zu Beginn der Konferenz begrüßte der Präsident des schwedischen Riksdag, **Andreas Norlén**, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 31. Jahrestagung. Die BSPC-Jahrestagung werde das vierte Mal in Schweden ausgerichtet und sei die erste in Präsenz stattfindende Konferenz seit 2019. Diese werde überschattet vom russischen Angriffskrieg in der Ukraine, der auch auf die Kooperation im Ostseeraum und in der BSPC einen großen Einfluss habe. Er hob die historische Bedeutung des Antrages der schwedischen Regierung auf Beitritt zur NATO, in enger Kooperation mit Finnland, hervor. Gleichzeitig betonte er die Notwendigkeit, dass die Parlamente sich für die Einhaltung der demokratischen Werte und des Völkerrechts einsetzen. Außerdem machte er auf das 100-jährige Jubiläum der Demokratie Schwedens und des Frauenwahlrechts in Schweden aufmerksam.

Die schwedische Außenministerin **Ann Linde** betonte, dass Schweden den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands ausdrücklich verurteile und sich solidarisch mit der Ukraine zeige. Alle Kriegsverbrechen müssten dokumentiert und untersucht werden. Russland habe sich auf Zeit für die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene und im Ostseeraum disqualifiziert. Sie betonte, dass man gemeinsam die von und in Russland zum Schweigen gebrachten Stimmen von Journalisten, Medien und Menschenrechtsverteidigern unterstützen müsse. Die schwedische Regierung sei fest entschlossen, die wichtige, im Aktionsplan des Ostseerates festgelegte Arbeit fortzusetzen. Sie werde die Ukraine im Kampf gegen den Menschenhandel unterstützen, für die Beteiligung Jugendlicher auf allen Ebenen sorgen und den grünen Wandel der Gesellschaft vorantreiben, wozu auch die Umweltkonferenz „Stockholm +50“ beigetragen habe, eine von den Vereinten Nationen (VN) und Schweden organisierte Konferenz anlässlich des 50. Jahrestags der ersten Weltumweltkonferenz und der Gründung des VN Umweltprogramms UNEP im Jahr 1972.

Der schwedische BSPC-Präsident **Pyry Niemi** hob in seiner Begrüßungsrede hervor, dass die BSPC sehr schnell auf den russischen Angriff in der Ukraine reagiert habe. Bereits am 25. Februar hätten er und Vizepräsident Schraps als Präsidium der BSPC in einer Stellungnahme den Angriff verurteilt und Russland zur Beendigung seiner völkerrechtswidrigen Aktivitäten aufgefordert. Im April habe der Ständige Ausschuss in Warschau die Stellungnahme bekräftigt und die Suspendierung der russischen Delegationen in der BSPC beschlossen. Hier sei außerdem eine Änderung der Geschäftsordnung der BSPC angeregt worden. Die russischen Delegationen hätten inzwischen selber ihren Austritt erklärt. Die schwedische Präsidentschaft habe – passend zur Feier von 100 Jahren Demokratie in Schweden – ihren Fokus während des vergangenen Jahres auf eine nachhaltige Demokratie und die Bewahrung der demokratischen Grundwerte der BSPC gelegt. Eine gleichberechtigte Vertretung, das Wahlrecht und demokratische Werte könnten nicht als selbstverständlich angenommen werden, sondern müssten täglich verteidigt werden. Präsident Niemi hob hervor, dass die Ostsee nicht nur ein Meer, sondern auch eine Brücke zwischen den benachbarten Staaten sei. Auch wenn die russische Aggression die Arbeit der BSPC beeinträchtigte, so würde die BSPC mit neuer Stärke und einer geänderten Geschäftsordnung für die Demokratie und ökologische Nachhaltigkeit kämpfen.

### IV. Erster Sitzungsabschnitt: „Friedliche und verlässliche Nachbarschaft und enge Zusammenarbeit im Ostseeraum in Krisenzeiten – Wie ist vorzugehen?“

BSPC-Präsident **Pyry Niemi** leitete den ersten Sitzungsabschnitt, der sich mit einer friedlichen und verlässlichen Zusammenarbeit in der Ostseeregion vor dem Hintergrund des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine befasste.

Angesichts der brutalen Aggression Russlands hob der ehemalige stellvertretende Generalsekretär der Vereinten Nationen und ehemalige Außenminister Schwedens, **Jan Eliasson**, die Widerstandskraft und Unverwüstlichkeit der Ukrainerinnen und Ukrainer hervor. Es stehe viel auf dem Spiel: die Souveränität der Ukraine, die europäische Sicherheitsordnung, der Zusammenhalt der EU und der NATO sowie die Achtung des Völkerrechts und nicht zuletzt die Demokratie. Er verwies zudem auf zunehmende Hungersnöte weltweit und sah die globale Lebensmittelsicherheit in Gefahr. Die Menschen im Ostseeraum blickten auf eine lange Zeit der Zusammenarbeit zurück. Es einten sie nicht nur wirtschaftliche und politische Interessen, sondern insbesondere heute auch die gemeinsamen Werte. Der russische Vorstoß ziele darauf ab, die regelbasierte internationale Ordnung fundamental zu verändern. Um dem Einhalt zu gebieten, rief er zum gemeinsamen Kampf für die Demokratie und den Multilateralismus auf. Auf eine Frage von Delegationsleiter **Johannes Schraps**, wie ein Mangel an Kommunikation zu Russland langfristig überwunden werden könne, antwortete Jan Eliasson, auf eine derartige eklatante Missachtung grundlegender Werte bedürfe es einer starken Reaktion. Um zu verhindern, dass der Krieg mehrere Jahre dauere, forderte der polnische Abgeordnete **Kacper Płażyński** dazu auf, in zunehmendem Maß schwere Waffen an die Ukraine zu liefern. Der ehemalige Außenminister Schwedens stimmte zu, dass Russland sein Ziel erreichen

könne, wenn dessen Aggression kein ernsthafter militärischer Widerstand entgegengesetzt werde. Andererseits warnte er vor einer Eskalation, die über die Grenzen des aktuellen Konflikts folgenschwere Konsequenzen nach sich ziehen könne.

Die norwegische Außenministerin **Anniken Huitfeldt** berichtete in einer Videobotschaft vom norwegischen Vorsitz des Ostseerates von 2021 bis 2022. Angesichts des Einmarschs Russlands in die Ukraine hätten alle Mitgliedsstaaten bis auf Russland mit einer gemeinsamen Erklärung vom 3. März 2022 beschlossen, die Mitgliedschaft Russlands zu suspendieren. Russland habe daraufhin seinen Austritt selbst erklärt. Beim Treffen des Ostseerates in Kristiansand im Mai 2022 hätten die Außenministerinnen und Außenminister erklärt, Russland trage die volle Verantwortung für den Krieg und das Leid in der Ukraine. Frau Huitfeldt machte darauf aufmerksam, dass die regionalen Netzwerke des Ostseerates die Bekämpfung von Menschenhandel und den Schutz hilfsbedürftiger Kinder aktiv unterstützten. Mit Blick auf die globale Wettbewerbsfähigkeit seien intensive Zusammenarbeit und die Umsetzung der grünen Transition unerlässlich.

Die deutsche Außenministerin **Annalena Baerbock** sprach auf der Konferenz per Videobotschaft über den Wert der Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Ländern der Ostsee und stellte die deutsche Präsidentschaft im Ostseerat 2022 bis 2023 vor. Sie wies sie auf die gewachsene Bedeutung dieser Organisation in der gegenwärtigen Zeit des Umbruchs hin und betonte ihren strategischen Wert, nicht zuletzt im Hinblick auf die Energieversorgung. Zu diesem Zweck habe die deutsche Regierung drei Prioritäten für ihre Präsidentschaft gesetzt: Erstens den massiven Ausbau der Offshore-Windenergie in der Ostsee zur Sicherung der Energieversorgung, unterstützt durch ein Baltic Offshore Forum mit Akteuren aus dem öffentlichen und privaten Sektor zur Initiierung konkreter Windkraftprojekte; zweitens die Intensivierung der Jugendarbeit durch die Umwandlung der Ostsee-Jugendplattform in eine ständige Einrichtung, begleitet von einem Jugend-Ministertreffen im Vorfeld der Ministertagung des Rates, das sich mit der Digitalisierung, der Klimakrise und dem grünen Wandel befasst; drittens die Beseitigung der riesigen Menge an im Meer versenkter Munition in der Ostsee durch die Zusammenführung einschlägiger Experten zur Beschleunigung der Bergung dieser Munition. Sie bekräftigte die Notwendigkeit von Geschlossenheit und Solidarität in Europa, das gegen die russische Aggression zusammensteht, sowohl heute als auch in Zukunft.

**Lilian Busse**, scheidende HELCOM-Vorsitzende, berichtete von der deutschen Präsidentschaft 2020 bis 2022. Im Oktober 2021 sei der neue Aktionsplan für die Ostsee verabschiedet worden, welcher bis 2030 umzusetzen sei. Die verabschiedeten Maßnahmen zielten darauf ab, den Klimawandel zu bekämpfen und die Resilienz der Ostsee zu stärken. Zentral seien beispielsweise der Schutz der Biodiversität und die Vermeidung von Eutrophierung. Sie betonte, die Maßnahmen müssten auf einem ehrgeizigen Niveau umgesetzt werden. Für politische Entscheidungsträger habe man ein Baltic Sea Fact Sheet mit den neuesten wissenschaftlichen Kenntnissen über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Ostsee ausgearbeitet.

## V. Zweiter Sitzungsabschnitt: „Demokratie und Meinungsfreiheit – Wie können wir freie Medien im Ostseeraum sichern?“

Der zweite Sitzungsabschnitt wurde durch die isländische Abgeordnete **Byrndís Haraldsdóttir** eröffnet. Sie betonte, dass Medienfreiheit eine zentrale Rolle spiele und in der heutigen schwierigen Zeit eine wichtige Rolle für die Demokratie einnehme. In diesem Jahr richtete sich der Fokus des zweiten Sitzungsabschnittes insbesondere auf die Arbeitsbedingungen von Journalisten sowie auf das neue Mediengesetz in Russland.

Der dänische Journalist und internationale Redakteur der Zeitschrift *Politiken*, **Michael Jarlener**, bedankte sich für die Einladung und erklärte, er wolle darüber sprechen, die Rolle der Presse zu verstehen. Um die Wichtigkeit der Pressefreiheit hervorzuheben, zitierte er Thomas Jeffersons Vorliebe für Zeitungen gegenüber Regierungen und Walter Cronkites Erklärung, dass Pressefreiheit Demokratie bedeute. Der Ostseeraum mit seinen 90 Millionen Menschen sei voller Ressourcen und einflussreichen Menschen und sei dennoch anfällig für die Präsenz von Autokratien. Er sehe zwei Herausforderungen: Zum einen die Schwierigkeit, dass Belarus die Einreise von Journalisten verweigere und zum anderen das neue Mediengesetz in Russland, durch welches sich seine Kolleginnen und Kollegen nicht mehr sicher fühlten. Er bedauerte die kurze Aufmerksamkeitsspanne sowohl in den Medien als auch in der Politik, insbesondere im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine. Der Krieg betreffe aber auch das übrige Europa, und die Medien müssten sich bewusst sein, dass es sich um einen langfristigen Krieg handle. Die Zeitschrift *Politiken* versuche, diesem Trend entgegenzuwirken, indem sie das Thema am Leben halte und fortschrittliche Journalisten in Russland und Belarus ausfindig mache, um sie zu unterstützen. Außerdem hätten sie eine russischsprachige Version ihrer Zeitung gegründet.

**Valentina Shapalova** von der Universität in Kopenhagen befasste sich mit dem Thema „Russische Propaganda und Desinformationen – aktuelle Strategien und Narrative“. Dazu ging sie in ihrer Rede auf die tragischen Ereignisse vom 4. April 2022 in Bucha in der Ukraine ein. Die staatlichen russischen Medien stellten die Geschehnisse als eine Inszenierung und Provokation der ukrainischen Truppen dar und nicht als russisches Kriegsverbrechen. Es sei zudem behauptet worden, dass die Leichen in Wirklichkeit Schauspieler seien. Die Realität der Berichterstattung sei in Russland auf den Kopf gestellt. Weitere Beispiele für die Verbreitung von Desinformationen und Propaganda als Mittel der Informationskriegsführung seien der Krieg in Georgien (2018), die Invasion der Ostukraine sowie die Annexion der Krim (2014). Sie betonte, dass staatliche Propaganda in Russland nicht neu sei, jedoch verändere diese sich seit dem 24. Februar 2022. So würden gezielt bestimmte Worte verboten. Beispielsweise dürfe der Krieg in der Ukraine nicht als solcher bezeichnet werden, stattdessen spreche man von einer sondermilitärischen Situation in der Ukraine und die NATO werde beschuldigt, dort Krieg zu führen und die Ukraine als Marionettenstaat zu betrachten. Der Zugang zu unabhängigen Medien sei sehr schwer, da diese nur über VPN-Kanäle zu erreichen wären. Sie nannte drei der zentralen Ziele der Desinformation: Erstens, die Existenz von faktisch überprüfbaren Informationen zu untergraben, zweitens, die Legitimität der demokratischen Institutionen im Westen zu untergraben und drittens, die politischen und geopolitischen sowie militärischen Interessen des Kremls zu fördern. Sie hielt es für entscheidend, dass die führenden Politiker im Ostseeraum und im Westen im Allgemeinen verstehen, dass dies tief verwurzelt und weit verbreitet sei und appellierte, die russische Desinformation und Propaganda sehr ernst zu nehmen.

Ko-Chair, **Wille Valve**, Åland-Inseln, stellte Frau **Sia Spiliopoulou Åkermark** vom Åland Island Peace Institute vor. Sie wies darauf hin, dass die wichtigsten Verfechter der Meinungsfreiheit im späten 18. Jahrhundert im nordischen Raum aus Finnland kamen. Infolgedessen habe Schweden 1765 ein fortschrittliches Gesetz über die Pressefreiheit erlassen. Sie betrachte diese Maßnahmen als Vorläufer der modernen Minderheitenrechte. In der Gegenwart sah Frau Åkermark ein Spiegelbild in der Marginalisierung von Minderheitengruppen in der westlichen Welt. Sie erwähnte russischsprachige Minderheiten in den nordischen und baltischen Ländern, die sich ausgegrenzt fühlten, aber eine ähnliche Art von Ausgrenzung sei auch gegen die Menschen auf Åland gerichtet worden. Sie betonte ihre Befürchtung, dass Minderheiten in der westlichen Welt auch als dumm, illoyal, problematisch und gefährlich dargestellt würden. In diesem Zusammenhang zitierte sie den "Tsunami des Hasses" von VN-Generalsekretär António Guterres und die Tallinner Leitlinien, in denen Politiker aufgefordert würden, sich von Polemik zu distanzieren. Frau Åkermark betonte, dass sie keine Antworten habe, sondern nur Fragen stellen könne, z. B. wie diesen Tendenzen entgegengewirkt werden könne.

## **VI. Dritter Sitzungsabschnitt: „Die Abschwächung des Klimawandels, der Schutz der Biodiversität und die Anpassung an den Klimawandel“**

Unter dem Vorsitz der schwedischen Abgeordneten und Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Klimawandel und Biodiversität“ **Cecilie Tenfjord-Toftby** befasste sich der dritte Sitzungsabschnitt mit der Bewältigung des Klimawandels sowie dem Schutz von Biodiversität. Frau Tenfjord-Toftby wies darauf hin, dass die Zunahme von Extremwetterereignissen im Klimawandel begründet liege. Unter Verweis auf den Bericht 2022 des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC, „Weltklimarat“) mahnte sie zur Intensivierung der Bemühungen gegen den Klimawandel.

**Anders Grönvall**, Staatssekretär im schwedischen Umweltministerium, berichtete von der Umweltkonferenz „Stockholm+50“. Staaten und Interessenvertreter forderten rasches Handeln zur Bekämpfung des Klimawandels, wie beispielsweise den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen. Er unterstrich die Bedeutung des Multilateralismus in diesen Fragen. Die Konferenz habe wesentlich dazu beigetragen, Glaubwürdigkeit und Vertrauen zwischen den Staaten herzustellen. Zu den Prioritäten Schwedens im Ostseeraum zählten, sowohl Schifffahrt als auch Landwirtschaft und Fischereiwesen nachhaltig zu gestalten. Zudem strebe man an, die Windenergie auszubauen. Der Schutz der Artenvielfalt vermöge den negativen Auswirkungen des Klimawandels entgegenzuwirken. Auf eine Frage des polnischen Abgeordneten **Kacper Płażyński** hinsichtlich der Nutzung von Kernenergie antwortete Herr Grönvall, die Industrie sei im Begriff, die grüne Transition zu vollziehen. Schweden nutze zu 35% Kernenergie. Den stark angestiegenen Energiebedarf wolle man mittels Windenergie decken, der Bau der Atomkraftwerke dauere zu lange.

In der folgenden Podiumsdiskussion tauschten sich Inger Melander, Expertin für Fischerei vom WWF Schweden und Vertreterin des Baltic Sea NGO Forum, Dennis Hamro-Drotz, Vertreter der internationalen Finanzinstitution Nordic Environment Finance Corporation (Nefco) sowie die Vertreter des Baltic Sea Parliamentary Youth Forum, Andreas Schoop und Simona Jakaitė, zu bewährten Praktiken und Initiativen aus. **Inger Melander** stellte die Arbeit des WWF vor und verwies auf Projekte zur Reduzierung der Nährstoffeinträge, zur Datenerfassung und

Überwachung von Seevögeln, Fischbeständen, Nährstoffüberlastung. Im Bereich des Meeresschutzes bedürfe es ihrer Ansicht nach unverzüglichen Handelns. Die Verantwortung liege bei den Entscheidungsträgern, bereits bestehende Gesetze und Abkommen umzusetzen. Sie betonte die Notwendigkeit einer ökosystemorientierten Herangehensweise. Die schwedische Überlegung, die Schleppnetzgrenze auszuweiten, könne mehr Schutz für Meerestiere bieten. Nefco sei nicht nur in der nordischen Region tätig, sondern finanziere auch zahlreiche Projekte im Kampf gegen den Klimawandel in Russland, Belarus und der Ukraine, so **Dennis Hamro-Drotz**. Darunter fänden sich Initiativen zur Abwasserbehandlung, der Wiederverwendung von Nährstoffen aus der Viehzucht und der Nährstoffentfernung aus dem Meer durch die Fischerei und die Verarbeitung von minderwertigem Fisch. Der grenzüberschreitende Charakter vieler Probleme in der Ostsee erschwere häufig die Lösung derselben. Überdies seien finanziell tragbare Projekte im Ostseeraum schwieriger zu finden, als solche, die sich auf den Klimawandel konzentrierten. Er drängte auf die Verabschiedung von Gesetzgebung, die zur Zuleitung von Zuschüssen oder billigen Krediten in derartige Bemühungen anhalte. **Andreas Schoop und Simona Jakaitė** stellten die Ergebnisse des Jugendforums vor. Die jungen Menschen hätten sich auf acht Empfehlungen in den folgenden vier Bereichen geeinigt: Wälder, Feuchtgebiete und Biodiversität; Innovation; widerstandsfähige Städte; Resilienz der Meeres- und Küstenregionen. Darin forderten sie, die Anstrengungen zur Kohlenstoffbindung zum Schutz der Artenvielfalt zu forcieren. Die Ausarbeitung regionaler Strategien zur Bewältigung von grenzüberschreitenden Notlagen, wie etwa Waldbrände oder die Ausbreitung von Infektionskrankheiten, sei erforderlich. Ferner empfahlen sie den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen und Unternehmen in der grünen Transition zu unterstützen. Umweltfreundlichere und billigere Verkehrsmittel würden benötigt, um Städte nachhaltiger zu machen. Sie argumentierten ebenso für mehr autofreie Zonen und eine verstärkte Einbeziehung der Jugend in die Stadtplanung. Im Hinblick auf Meeres- und Küstenregionen seien rechtsverbindliche Fischfangquoten genauso wie die Regulierung von Einwegplastik vonnöten. In der Debatte warben Herr Schoop und Frau Jakaitė dafür, Prävention stärker in den Vordergrund zu rücken. **Jānis Vucāns**, Präsident der Baltischen Versammlung, bemerkte, Selbstversorgung und Effizienz seien entscheidend in Bezug auf Zukunftsfähigkeit. Die Baltische Versammlung habe sich für Wasserstoff als Energieträger ausgesprochen, welcher zusehends billiger werde. **Kacper Płażyński** vertrat die Auffassung, dass es sich bei erneuerbaren Energien um instabile Energiequellen handle, während ausschließlich Kohle und Kernkraft zuverlässig seien. Er bezeichnete Kernkraftwerke als emissionsfrei und wettbewerbsfähig.

## VII. Vierter Sitzungsabschnitt: „Die demografischen Herausforderungen vor dem Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine, Migration, Arbeitsmärkte und des Sozialmodells“

**Carola Veit**, Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft und ehemalige BSPC-Präsidentin, leitete den vierten Sitzungsabschnitt. Sie erläuterte, dass der russische Angriffskrieg und die damit einhergehenden Flüchtlingsbewegungen die Staaten vor neuen Herausforderungen stellten. Antworten auf Fragen mit Blick auf Wohnraum, Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheitsversorgung und Kinderbetreuung müssten gefunden werden.

**Ylva Johansson**, Kommissarin für Inneres der Europäischen Union, erklärte, die rasche und gemeinsame Antwort Europas auf den Angriffskrieg Russlands und zuvorderst der Beschluss umfassender Sanktionen hätten Putin überrascht. Sie hob die freiwillige Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Unterbringung von Geflüchteten hervor. Gleich zu Beginn des Krieges habe man sich dem Problem des Menschenhandels durch die Einsetzung einer Taskforce sowie der Ausarbeitung eines Zehn-Punkte-Plans angenommen. Frau Johansson sprach von der größten Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Etwa 6,5 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer seien seit Beginn des Krieges in die EU gekommen, 2,5 Millionen davon seien bereits zurückgekehrt. 3,2 Millionen Geflüchtete hätten einen Antrag auf vorübergehenden Schutz gestellt. Eine gemeinsame Plattform zu deren Registrierung sei eingerichtet worden. Mithilfe von speziellen Programmen wolle man Kindern mit Behinderungen ebenso wie Opfern von Vergewaltigung helfen. Delegationsleiter Abgeordneter **Johannes Schrapf** unterstrich die Bedeutung von Solidarität über die europäischen Grenzen hinaus, insbesondere für die Republik Moldau, die den stärksten Zustrom von Geflüchteten zu verzeichnen habe. Weitere Fragen an die EU-Kommissarin befassten sich mit folgenden Themen: Langfristiger Aufenthalt der Geflüchteten (**Kai Mykkänen**, Finnland); Zahlungen der EU an Polen (**Kacper Płażyński**, Polen); Diskriminierung von Geflüchteten aus Syrien und Afghanistan (**Alske Freter**, Hamburg); Anwendung der Richtlinie zum vorübergehenden Schutz 2014 (**Anne Shepley**, Mecklenburg-Vorpommern); Flüchtlingswellen aufgrund ausbleibender Getreidelieferungen und daraus entstehende Hungersnöte (**Jarosław Wałęsa**, Polen). **Ylva Johansson** verdeutlichte, es gebe bislang noch keine Schätzungen zu langfristigen Aufenthalten der ukrainischen Geflüchteten. Mit der Zeit würden Registrierungen und Einschulungen mehr Informationen liefern. Für Polen seien rund 63 Milliarden Euro im langfristigen EU-Haushalt vorgesehen, vorausgesetzt die geforderten Reformen des Justizwesens würden umgesetzt. Es bestünden

Unterschiede zwischen Geflüchteten aus der Ukraine und solchen aus Afghanistan oder Syrien. Für verschiedene Gruppen gälten unterschiedliche Regelungen. Sie bedauerte, dass 2014 der vorübergehende Schutz auf syrische Geflüchtete nicht angewandt worden sei. Menschen, die vor Hungersnöten flöhen, müssten entlang ihrer Routen Unterstützung erhalten, bevor sie die europäische Grenze erreichten. Die EU-Kommissarin warnte davor, dass Hungersnöte terroristische Aktivitäten verstärken könnten.

**Justina Jakštienė**, Vizeministerin für soziale Sicherheit und Arbeit der Republik Litauen, sprach sich für die EU-Mitgliedschaft der Ukraine aus. Litauen habe pro Kopf gemessen den drittgrößten Anteil an Geflüchteten aufgenommen. Ihnen stünden das Sozial- und Gesundheitssystem sowie das Bildungswesen offen. 30% der Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter hätten bereits eine Anstellung angetreten. Sie räumte ein, der Wohnungsraum sei knapp und die umfangreiche Unterstützung von Geflüchteten teuer. Litauen habe bereits zu Beginn des Krieges seinen Haushaltsplan geändert, um Reserven hierfür zu schaffen.

**Prof. Maciej Duszczak** vom Zentrum für Migrationsforschung der Universität Warschau führte aus, in den vergangenen vier Jahren habe sich die Zahl der in Polen lebenden Ukrainerinnen und Ukrainer verdreifacht. Etwa drei Millionen lebten zurzeit in Polen. Neben der Unterbringung der Geflüchteten stellten fehlende Kapazitäten an polnischen Schulen ein Problem dar. Vor allem im Herbst bei steigenden Krankheitsfällen werde adäquate Gesundheitsversorgung zu einer schwierigen Aufgabe. Herr Duszczak attestierte der Bevölkerung Mitleidsmüdigkeit. Vor dem Hintergrund, dass Menschen in Zukunft weiterhin vor Kriegen flöhen, müsse man sich mit der Frage befassen, ob man alle aufnehmen könne. Dem sei nicht so. Es müssten anderweitige Lösungen gefunden werden.

Als Vertreter des Jugendforums knüpfte **Sayed Amin Sayedi** aus Deutschland an die Diskussion zur Diskriminierung von Geflüchteten aus verschiedenen Ländern an. Er schilderte seine eigene Geschichte, wie er aus Afghanistan geflohen sei und sechs Monate lang ohne Zukunftsperspektive in Finnland und Deutschland gelebt habe. Herr Sayedi zeigte sich enttäuscht gegenüber der unterschiedlichen Behandlung von Geflüchteten.

## VIII. Generaldebatte

Der lettische Abgeordnete **Jānis Vucāns** leitete die Generaldebatte. Er konstatierte, die Suspendierung der russischen Parlamente ermögliche nun eine offene Diskussion zu Themen, wie Wirtschaft, Energie und Sicherheit. Die Zusammenarbeit in der Ostseeregion müsse auf Zusammenhalt und Einheitlichkeit basieren.

Nach Ansicht von **Axel Eriksson**, Vertreter des Jugendforums aus Schweden, seien Sicherheitsbelange eng mit dem Klimawandel verknüpft. Er führte beispielhaft an, dass Wasserknappheit neue Konflikte auslösen könne. Den Konflikten zugrundeliegenden Ursachen seien ebenso wie deren Folgen zu behandeln.

**Simon Pāvāls**, Abgeordneter der Ålandinseln, machte auf Fischereiprobleme in der Ostsee aufmerksam. Zugleich hob er hervor, dass die Menschen vor Ort der Schlüssel zum Erfolg im Kampf gegen den Klimawandel und für den Erhalt der Artenvielfalt seien.

**Inese Voika**, Lettland, pflichtete bei, dass die Unterstützung für die Ukraine über die militärische Hilfe hinausgehen und den Wiederaufbau des Landes umfassen müsse. Sie setze sich für die Stärkung der demokratischen Opposition in Russland und Belarus ein. Demokratie bilde sich nicht nur durch Wahlen heraus, sondern besonders durch eine offene Debattenkultur.

**Kacper Płażyński**, Polen, brachte Reparationszahlungen Russlands an die Ukraine ins Spiel. Nach Ende des Krieges könne man nicht wieder zur Tagesordnung übergehen.

Die norwegische Abgeordnete **Ola Elvestuen** plädierte für eine verstärkte militärische Unterstützung der Ukraine mit schweren Waffen. Gleichzeitig sei es weiterhin erforderlich, die Sanktionen zu verschärfen und Geflüchteten zu helfen.

**Hanna Katrín Friðriksson** aus Island betonte die Unabdingbarkeit von freier und unabhängiger Presse. Strategisch eingesetzte Propaganda und Fake News müssten bekämpft werden. Sie befürwortete einen Vorschlag der Vorrednerin Valentina Shapovalova, wonach internationale Nachrichten ins Russische übersetzt und der russischen Bevölkerung zugänglich gemacht werden sollten.

**Wille Valve**, Abgeordneter der Ålandinseln, ging auf das europäische Verbot von Robbenerzeugnissen aus Gründen des Tierschutzes ein. Rechtlich gesehen sei die Jagd auf Robben zwar erlaubt und aufgrund der von Robben verursachten Schäden auch notwendig. Allerdings sei die Herstellung von Produkten aus der geringen Menge getöteter Robben verboten. Dieser Widerspruch führe zu einer schwierigen Situation im Alltag.

## IX. Abschluss der Jahrestagung

Im letzten Teil der Konferenz wurden die Berichte der BSPC-Berichterstatter vorgestellt. **Beate Schlupp**, Vizepräsidentin des Landtags Mecklenburg-Vorpommern, sprach über ihre Funktion als Beobachterin bei der HELCOM. Sie verdeutlichte, welche schwerwiegenden Folgen die russische Invasion für die Arbeit vieler Organisationen habe. **Philipp Da Cunha**, ebenfalls Mitglied der Delegation Mecklenburg-Vorpommerns, berichtete als Ko-Berichterstatter zur maritimen Politik, die zurzeit von sehr vielen Unsicherheiten bestimmt sei. Dazu zählten der Krieg in der Ukraine und Chinas Null-Covid-Strategie.

Die Konferenz nahm einstimmig bei drei Enthaltungen von AfD-Abgeordneten eine geänderte Fassung der Geschäftsordnung an. Die geänderte Geschäftsordnung sieht nun die Suspendierungsmöglichkeit vor, wenn ein Mitgliedsparlament gegen die Grundwerte der BSPC, wie Demokratie, Einhaltung des Völkerrechts, Wahrung der Menschenrechte, verstößt.

Anschließend verabschiedete das Plenum einstimmig die Entschließung. Die Entschließung, die nach der Jahrestagung traditionell an die Regierungen der Mitgliedstaaten übermittelt wird, verurteilt den Angriffskrieg Russlands erneut auf das Schärfste. Zugleich wird gefordert, die Ukraine im größtmöglichen Umfang mit allen Mitteln zu unterstützen. Aktuelle und zukünftige Herausforderungen müssten durch verstärkte geeinte und gemeinsame Maßnahmen bewältigt werden. Die Entschließung akzentuiert, Grundlage der Zusammenarbeit in der Ostseeparlamentarierkonferenz sei die Achtung von Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und der Freiheit der Medien. Nicht zuletzt rief die Konferenz dazu auf, die Bemühungen im Kampf gegen den Klimawandel zu intensivieren.

Am Ende der Konferenz übergab der scheidende BSPC-Präsident **Pyry Niemi** den Staffelfstab der Präsidentschaft an Delegationsleiter **Johannes Schraps**. Er stellte das Arbeitsprogramm der Bundestagspräsidentschaft in der BSPC bis August 2023 vor, das sich der Stärkung der demokratischen Resilienz und der Förderung des Friedens widme. In den vergangenen Jahren hätten sich Demokratien anfällig für Verschwörungstheorien gezeigt. Demokratische Prozesse müssten daher transparenter gestaltet werden. Die Zivilgesellschaft sei in ihrer Vielfalt zu stärken. Die Klimakrise stelle die größte Herausforderung unserer Zeit dar. Der Vorsitz des Deutschen Bundestages wolle den Schutz der Meeresumwelt in den Fokus nehmen. Zentral seien dabei die Bergung von Munitionsaltslasten in den Meeren sowie die Zusammenarbeit in Energiefragen. Darüber hinaus kündigte er an, dass eine weitere Auflage des Jugendforums in Verbindung mit der 32. BSPC in Berlin geplant sei.

Weitere Informationen zur 31. Jahrestagung und Präsentationen einzelner Redner sind auf der BSPC-Website abrufbar.

Der Deutsche Bundestag wird im kommenden Jahr die 32. Jahrestagung der BSPC vom 27. bis 29. August 2023 in Berlin ausrichten.

Berlin, den 13. Oktober 2022

**Johannes Schraps**  
Delegationsleiter

**X. Verabschiedete Entschließung****Entschließung der Konferenz****auf der Grundlage der Konsensvereinbarung des Treffens des Redaktionsausschusses der BSPC****am 12. Juni 2022****angenommen von der 31. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)**

Die Teilnehmenden, die gewählten Vertreterinnen und Vertreter

des Parlaments des Königreichs Dänemark

des Parlaments der Republik Estland

des Parlaments der Republik Finnland

des Deutschen Bundestages

des Parlaments von Island

des Parlaments der Republik Lettland

des Parlaments der Republik Litauen

des Parlaments des Königreichs Norwegen

des Parlaments der Republik Polen

des Parlaments des Königreichs Schweden

des Parlaments von Åland

der Bremischen Bürgerschaft

des Parlaments der Färöer

der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg

des Grönländischen Parlaments

des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern

des Schleswig-Holsteinischen Landtags

der Baltischen Versammlung

des Europäischen Parlaments

des Nordischen Rates,

die sich am 14. Juni 2022 in Stockholm versammelt haben,

- bekräftigen erneut auf das Schärfste ihre Verurteilung des vollkommen ungerechtfertigten, nicht provozierten und groß angelegten brutalen militärischen Angriffs und der Invasion der Russischen Föderation, die sich gegen die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine und das ukrainische Volk richten – wie in der Erklärung der Präsidenten und Delegationsleiterinnen und -leiter der Ostseeparlamentarierkonferenz zum Ausdruck gebracht, in der sie die Beteiligung von Belarus an der russischen Aggression auf das Schärfste verurteilen;
- erklären, dass der grausame und unmenschliche Aggressionskrieg gegen die Ukraine eine immer größer werdende Bedrohung für Frieden, Stabilität und Demokratie in ganz Europa und der Welt ist, und heben hervor, dass die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine ihre Rechte und Freiheiten und die gemeinsamen Werte verteidigen, für die Europa steht;
- nehmen mit Schmerz zur Kenntnis, dass täglich unschuldige Menschen auf verabscheuungswürdige Weise getötet werden, viele Menschen verschleppt und andere gezwungen werden, aus Angst um das Leben ihrer Familienangehörigen, Freunde und anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus ihrer Heimat zu fliehen;
- erklären erneut, dass diese Angriffe einen Verstoß gegen das Völkerrecht und die europäische Sicherheit darstellen; sie verletzen die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsätze und die Grundsätze des internationalen Rechts und des humanitären Völkerrechts;

- verurteilen entschieden jeglichen Verstoß gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte;
- unterstützen auch weiterhin die entschlossene und geschlossene Reaktion unserer Länder in Form der härtesten möglichen restriktiven Maßnahmen gegen die Russische Föderation und ihre Vertreter, darunter das Embargo auf fossile Brennstoffe, um weitere Eskalationen und Aggressionen zu verhindern;
- erwarten die unverzügliche Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission zwecks Dokumentierung und Verifizierung von Fakten, Berichten und Erklärungen, sowie die dringende gerichtliche Verurteilung von Kriegsverbrechern und fordern die internationale Gemeinschaft auf, die schuldigen Parteien vor internationale Tribunale zu stellen;
- heben erneut hervor, dass demokratische Werte, Rechtsstaatlichkeit, die Achtung des Völkerrechts, die Freiheit der Medien, eine starke Zivilgesellschaft und robuste nichtstaatliche Organisationen, Chancengleichheit für alle sowie ein friedliches und enges nachbarschaftliches Verhältnis die Grundlage der Zusammenarbeit und die Grundwerte der Ostseeparlamentarierkonferenz bilden;
- erklären, dass nur Parlamente von Staaten oder supranationale Parlamente, Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen, parlamentarische Gremien und Organisationen, die die Garantie von Menschenrechten, Frieden und Demokratie als Grundwerte der Ostseeregion und Europas gewährleisten und dafür kämpfen, als Akteure in der Ostseeparlamentarierkonferenz und Partner der Ostseeparlamentarierkonferenz auftreten können;
- betrachten die Einhaltung der und das Eintreten für die anerkannten Völkerrechtsnormen als unabdingbare Voraussetzung für die Teilnahme an und Zusammenarbeit in der Ostseeparlamentarierkonferenz und die Beteiligung an ihrer Arbeit;
- frieren die gesamte parlamentarische Zusammenarbeit mit den russischen Parlamenten und den russischen Beobachterinstitutionen im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz ein, solange diese Grundwerte und Ziele durch den nicht provozierten, widerrechtlichen und brutalen militärischen Angriff und die Aggression der Russischen Föderation gegen eine souveräne und demokratische Ukraine, die durch parlamentarische Beschlüsse in Bezug auf Donezk und Lugansk initiiert wurden, auf dramatische Weise verletzt werden;
- bestätigen den Ausschluss der russischen Parlamente und Beobachterorganisationen aus der Jahreskonferenz, den Treffen der Arbeitsgremien sowie den Verfahren, Aktivitäten und Projekten der Ostseeparlamentarierkonferenz und frieren sämtliche gemeinsamen Aktivitäten mit ihnen so lange ein, bis eine Zusammenarbeit nach den Grundsätzen des Völkerrechts wieder möglich ist;
- legen fest, dass Änderungen zu diesem Beschluss
  - einer sorgfältigen Prüfung von Seiten des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz im Hinblick auf die Frage, ob die Aussicht besteht, die Grundsätze des Völkerrechts und der Ostseeparlamentarierkonferenz zu berücksichtigen,
  - einer Empfehlung des Ständigen Ausschusses gegenüber der Jahreskonferenz und
  - eines endgültigen Beschlusses der Jahreskonferenz bedürfen;
- bekräftigen unseren großen Wunsch und unsere Absicht, die wichtige und erfolgreiche Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz zugunsten der gesamten Ostseeregion fortzuführen;
- begrüßen sehr die Entscheidung Finnlands und Schwedens, die Mitgliedschaft in der NATO zu beantragen;
- weisen noch einmal darauf hin, dass enge und intensive zwischenmenschliche Kontakte auf allen Ebenen – den Parlamenten, Regierungen und der Zivilgesellschaft – das Rückgrat für Frieden, Wohlstand und Umweltschutz in der Region sind;
- 
- unterstreichen erneut, dass der Jugendaustausch und die Inklusion von Jugendlichen und jungen Menschen die Voraussetzung für die Garantie und Sicherung dieser Grundlagen des Ostseeraums auch für zukünftige Generationen bildet;
- möchten das Jugendforum der Ostseeparlamentarierkonferenz weiterhin in enger Zusammenarbeit mit dem Ostseerat und der Ostsee-Jugendplattform als regel-mäßige, mit ihrer Jahreskonferenz verknüpfte Veranstaltung etablieren, um die Belange der jungen Generation in die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz einzubeziehen;
- begrüßen die Resultate und unterstützen die Ziele des Ministertreffens des Ostseerates am 25. Mai 2022;

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf, im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. sämtliche Maßnahmen zu initiieren und zu verabschieden, die notwendig sind, um die Sicherheit unserer Völker und die Verteidigung unserer Werte und Demokratien sicherzustellen;
2. die Ukraine bei der Verteidigung ihres Volkes und der demokratischen Werte weiterhin im größtmöglichen Umfang mit allen Mitteln zu unterstützen;
3. alle Bemühungen – insbesondere in diesen Kriegszeiten – noch weiter zu intensivieren, um bei der Stärkung von Sicherheit, Frieden und regionaler Identität auf der Grundlage von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, friedlichen nachbarschaftlichen Verhältnissen und des Völkerrechts geschlossen zu agieren und zu reagieren;
4. angesichts der schwerwiegendsten Sicherheitskrise in der Region seit vielen Jahren eng, entschlossen und geschlossen zusammenzuarbeiten, um die Zusammenarbeit unserer demokratischen Nationen in der Ostseeregion zu stärken und den durch Russlands Politik und Handlungen verursachten Bedrohungen für die europäische Resilienz- und Sicherheitsarchitektur entgegenzutreten;
5. bei allen derzeit erforderlichen Maßnahmen in Bezug auf die Energiepolitik unserer Länder die notwendigen Entscheidungen so zu treffen, dass alle Maßnahmen weiterhin darauf abzielen, den Schwerpunkt auf Energiesicherheit, Nachhaltigkeit bei ihrem klugen und inklusiven Wirtschaftswachstum, ihrer Entwicklung und ihren Innovationen und einen guten ökologischen Zustand der Ostsee sowie einen soliden und nachhaltigen Zustand der Umwelt in der Ostseeregion zu legen;
6. aktuelle und zukünftige Herausforderungen und Krisen durch verstärkte geeinte und gemeinsame Maßnahmen zu bewältigen und die Idee des "Rechts des Stärkeren" entsprechend den Bestimmungen des Völkerrechts zurückzuweisen;
7. die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur auch unter dem Aspekt der Förderung von Elementen einer gemeinsamen Identität durch gemeinsame Werte noch weiter auszubauen;
8. die Intensivierung des Jugendaustauschs und des Austauschs von jugendlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besonders in den Vordergrund zu stellen mit dem Ziel, junge Menschen zu erreichen und dafür zu mobilisieren, die für sie besonders wichtigen Themen anzusprechen, insbesondere in diesen schwierigen Zeiten;
9. den nachhaltigen Tourismus auszubauen und klimafreundlicheres Reisen auf der Grundlage von Programmen, die diesen Trend fördern, zu ermöglichen;
10. als starkes Zeichen der Geschlossenheit in Kriegs- und Krisenzeiten in den nächsten Jahren die Wiederaufnahme der Gipfeltreffen unserer Regierungschefs erneut zu erwägen;

im Hinblick auf Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit

11. die diesbezüglichen, in der Entschließung der 30. Ostseeparlamentarierkonferenz enthaltenen Handlungsapelle und Forderungen in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit insbesondere in Kriegs- und Krisenzeiten weiterhin besonders energisch umzusetzen;
12. die von der russischen Regierung und weiteren staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren initiierten Desinformationskampagnen und ihrer Kriegspropaganda ausgehenden wachsenden Bedrohung für die demokratische Gemeinschaft konsequent und entschlossen zu bekämpfen;
13. die Bedeutung der Pressefreiheit für Demokratie und die demokratische Entwicklung anzuerkennen;
14. insbesondere jegliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Medien und die freie Berichterstattung zu bekämpfen und in den Ländern, in denen es Probleme gibt, gezielte Schutzmaßnahmen für die Arbeit der Medien zu initiieren und zu fördern, beispielsweise Aufklärung und Fortbildungsmaßnahmen für Journalistinnen und Journalisten, um sichere Arbeitsbedingungen für die Medien zu gewährleisten;
15. verschiedene Möglichkeiten für die Förderung von Maßnahmen zum Demokratieaufbau in Russland und anderen Ländern zu prüfen, beispielsweise durch die Unterstützung der im Exil befindlichen Zivilgesellschaft;

16. insbesondere in Kriegs- und Krisenzeiten die Maßnahmen zur Erhöhung des Vertrauens in demokratische Strukturen und Werte zu verstärken sowie Toleranz und Offenheit, Medien- und Meinungsfreiheit und robuste nichtstaatliche Organisationen als Eckpfeiler der Demokratien in der Ostseeregion zu fördern;
17. die Rechte von Flüchtlingen, ethnischen Minderheiten, LGBTQ-Menschen, Frauen, Kindern, alten Menschen und weiteren vulnerablen Gruppen, die in Kriegszeiten besonders gefährdet sind und durch intolerante Einstellungen bedroht werden, zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten;
18. die sexuelle und reproduktive Eigenständigkeit zu verteidigen und das Recht auf reproduktive Gesundheit zu achten;

im Hinblick auf die Abschwächung des Klimawandels, den Schutz der Biodiversität und die Anpassung an den Klimawandel

19. den aktualisierten Ostsee-Aktionsplan und die damit verbundenen Aktionsdokumente zu unterstützen, die durch das HELCOM-Ministertreffen am 20. Oktober 2021 unter dem damaligen deutschen Vorsitz vereinbart wurden, und eine raschere und konsequentere Umsetzung der vereinbarten Ziele in allen Ländern der Ostseeregion als zuvor zu gewährleisten, um bis zum Ende des Jahrzehnts einen guten ökologischen Zustand der Ostsee zu erreichen; eine regelmäßige Überwachung der Umsetzung ist dabei für die Unterstützung des Prozesses entscheidend;
20. weitere Maßnahmen, die eine noch schnellere und umfassendere Reduktion von klimarelevanten Emissionen ermöglichen mit dem Ziel, die angestrebte Klima-neutralität schnellstmöglich zu erreichen, aus den politisch relevanten Vorschlägen für verschiedene Politikbereiche im HELCOM 2021 Climate Change in the Baltic Sea Fact Sheet abzuleiten und umzusetzen;
21. anzuerkennen, dass anthropogene Aktivitäten wie Landwirtschaft und Industrialisierung in den Einzugsgebieten der Ostsee im Laufe der vergangenen 150 Jahre zu einer beträchtlichen Zunahme der Einträge von Düngemitteln und Phosphor geführt haben, und herauszustellen, dass es sehr wichtig ist, die Maßnahmen zur Reduzierung der Einleitung von Düngemitteln und Phosphor in die Ostsee fortzusetzen und dabei die Tatsache im Blick zu behalten, dass eine erhöhte Wassertemperatur auch die Effekte der Überdüngung verstärkt;
22. alle Bemühungen zu verstärken und gleichzeitig in verschiedenen Bereichen eng zusammenzuarbeiten, um die Chance zu erhalten, den Temperaturanstieg auf deutlich unter 2°C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, und Anstrengungen zu unternehmen, den Temperaturanstieg auf 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau zu halten, und zwar mithilfe des raschen und umfassenden Ausbaus von erneuerbaren Energien und deren Technologien, Emissionsreduktion, geringeren Energieverbrauch, mehr Energieeffizienz und zugleich durch die Stärkung und Erhöhung der Zahl der natürlichen Kohlenstoffsenken sowie die Erforschung und Entwicklung von innovativen und nachhaltigen Technologien;
23. insbesondere in den Ländern, die nach wie vor stärker von inländischen und importierten fossilen Energiequellen und Uranimporten abhängig sind, die Nutzung von erneuerbaren Null- und Niedrigemissionsenergien aus inländischen Quellen und langfristig die Nutzung von Energien voranzutreiben, die aus demokratischen und verlässlichen Partnerländern gemeinsam mit innovativen Wasserstoff-Anwendungen und Wasserstoff-Derivaten auf der Grundlage erneuerbarer Energien in Industrie und Handel sowie im Wärme- und Mobilitätssektor importiert werden, um eine eigene unabhängige und resiliente Energiesicherheit und -souveränität zu erreichen und gleichzeitig zur Erreichung der Klimaziele beizutragen;
24. mit den Ländern, die am stärksten von fossilen Brennstoffen und Uranimporten aus Russland abhängig sind, bei ihren Anstrengungen, auf verlässlichere und umweltfreundlichere Energiequellen umzusteigen, zusammenzuarbeiten;
25. die vielfach vorhandenen kostengünstigen und effizienten Technologien für die Erzeugung erneuerbarer Energie umfassend einzusetzen und noch intensivere Forschungsarbeiten sowie die Einführung und Nutzung von innovativen grünen Lösungen, insbesondere im Bereich der grünen Wasserstoff-Technologien, effektiv und deutlich auszubauen und schnellstmöglich Wasserstoffstrategien und Fahrpläne zu entwickeln, um die europäische Wasserstoffstrategie und den neuen Green Deal zu ergänzen und die Ostseeregion durch gemeinsame Anstrengungen und enge Zusammenarbeit im Bereich der grünen Energiewende in eine führende Position zu bringen;

26. im Hinblick auf Munitionsaltlasten auch in den aktuellen Kriegszeiten gemäß den Entschlüssen der 28., 29. und 30. Ostseeparlamentarierkonferenz sowie dem Zwischen- und Abschlussbericht des Berichtstatters der Ostseeparlamentarierkonferenz über Munitionsaltlasten in enger Zusammenarbeit mit HELCOM und dem Ostseerat die Anstrengungen zur Entdeckung und Neutralisierung von Kampfmitteln in der Ostsee mit konkreten Maßnahmen über eine multilaterale Zusammenarbeit konsequent weiter zu verstärken und den Ostseeraum als eine weltweite Modellregion für die ökologisch nachhaltige, schnelle und bezahlbare Bergung, Dekontaminierung und Beseitigung von im Meer versenkten Kampfmitteln zu etablieren;
27. die Länder, die für Munitionsaltlasten in der Ostsee verantwortlich sind, aufzufordern, einen Bergungsfonds einzurichten und die Bergungsmaßnahmen anzuführen, die dazu beitragen würden, die Ostsee von Munitionsaltlasten zu befreien; wir begrüßen die Bemühungen des kommenden deutschen Ostseeratsvorsitzes, dieses Thema voranzubringen;
28. Methoden der ökologischen Agrarwirtschaft umzusetzen und aktiv aus der Nutzung von Pestiziden und Düngemitteln durch einheimische Landwirte auszusteigen sowie Mittel für Forschungsvorhaben im Zusammenhang mit weniger gefährlichen Alternativen zuzuweisen und dafür zu sorgen, dass die politischen Maßnahmen eng an wissenschaftliche Erkenntnisse geknüpft werden;
29. die ländlichen Gebiete mit ihrem großen Potenzial in die Herstellung von erneuerbaren Energien sowie den Ausbau von Netzen und Lagerkapazitäten intensiv einzubeziehen und ihnen zu ermöglichen, umfassend am Erfolg teilzuhaben, nachhaltige Innovationen im Bereich der grünen Energien zu unterstützen, die Nutzung nicht erneuerbarer Energiequellen zu reduzieren und Innovationen zu unterstützen, die das Leben in den Städten und auf dem Land nachhaltiger gestalten, und zu diesem Zweck grüne Verkehrslösungen zu verbessern und zu gewährleisten, dass die politischen Maßnahmen eng an wissenschaftliche Erkenntnisse geknüpft werden;
30. politische Maßnahmen und Regulierungen im Bereich Fischerei, Schifffahrt und in anderen Industriezweigen, die die Biodiversität in der Ostsee und das globale Klima gefährden, gemeinsam mit allen relevanten Akteuren zu entwickeln und umzusetzen und an die Notwendigkeiten und Herausforderungen anzupassen, die sich aus dem IPCC-Bericht und den international verbindlichen Zielen des Pariser Abkommens ergeben;
31. den Aufbau von Anlagen aus recyceltem Material zu fördern, um Regulierungen hinsichtlich der Wiederverwendung von Baumaterialien zu entwickeln, Pläne für die Wiederverwendung von Material als Voraussetzung für Abrissgenehmigungen im Rahmen der Anstrengungen zur Entwicklung nachhaltiger Versorgungswege entlang der Ostsee zu etablieren und öffentliche Pfandsysteme für Plastikflaschen in der Ostseeregion einzuführen und darüber hinaus die Kettennutzung in allen möglichen Bereichen zu unterstützen;
32. Strategien zur Umsetzung einer neuen innovativen Lebensweise zu kommunizieren und zu entwickeln, die einen entscheidenden Beitrag leisten, indem sie intensiv über die Tatsache aufklären, dass jeder Mensch, der eine Veränderung für sich selbst wagt, eine große Veränderung für alle bewirkt;

im Hinblick auf die demografischen Herausforderungen vor dem Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine, Migration, Arbeitsmärkte und des Sozialmodells

33. unter höchstmöglicher Wertschätzung für alle bislang getroffenen Entscheidungen und Handlungen zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms aus der Ukraine insbesondere in den am stärksten betroffenen Ländern mithilfe weiterer umfassender systemischer und finanzieller Maßnahmen und Politiken dafür zu sorgen, dass die damit zusammenhängenden demografischen strukturellen Veränderungen und Herausforderungen in Bezug auf Wohnraum, Bildung, Kinder- und Gesundheitsschutz, Arbeitsmärkte und Einstellungen gegenüber ankommenden Flüchtlingen optimal adressiert werden und eine optimale Unterstützung für diejenigen, die vorübergehend im jeweiligen Land bleiben, und die Inklusion für diejenigen, die dauerhaft im jeweiligen Land bleiben, garantiert wird.

Darüber hinaus beschließt die Konferenz,

34. das freundliche Angebot des Deutschen Bundestages zu begrüßen, die 32. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 27. bis 29. August 2023 in Berlin auszurichten.





